



Frau Landratspräsidentin
Regula N. Keller
Rathaus
8750 Glarus

Mollis, 27.05.2024

Motion: Erneuerung Rahmenkredit für den öffentlichen Verkehr

Sehr geehrte Frau Landratspräsidentin

Gestützt auf Art. 80 der Landratsverordnung reichen die Unterzeichnenden die folgende Motion zur Überweisung an den Regierungsrat ein.

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Landrat zuhanden der Landsgemeinde einen Rahmenkredit für den Betrieb des öffentlichen Verkehrs mit dazugehörigen Grundanforderungen vorzulegen. Das ÖV-Angebot soll dabei weiter ausgebaut und verbessert werden.

Begründung

Die Verkehrsmessungen zur Querspange haben aufgezeigt, dass eine Veränderung der Verkehrslast grosse Auswirkungen auf die jetzige Situation hätte. Wenn zu Spitzenzeiten nur zehn Prozent weniger Fahrzeuge auf den Strassen wären, würde sich die Situation stark entschärfen. Der öffentliche Verkehr und das entsprechende Angebot spielen dabei eine wichtige Rolle.

Die Landsgemeinde 2012 hat für den öffentlichen Verkehr einen jährlichen Rahmenkredit von 6,97 Millionen Franken gesprochen und dazugehörige Grundanforderungen definiert. Diese Grundanforderungen bilden bis heute den Rahmen für das Angebot des öffentlichen Verkehrs im Kanton. Dieses Angebot wurde ab 2014 mehrheitlich umgesetzt. Jedoch wurde das Angebot seit dann teilweise auch wieder abgebaut. Beispielsweise ist der Bahnhof Nieder-

und Oberurnen nicht mehr im Halbstundentakt erschlossen, obwohl dies Teil der Grundanforderungen war. Der Rahmenkredit stellt die finanzielle Grundlage dar. Von den genehmigten 6.97 Mio. Franken werden zurzeit 4,78 Mio. Franken (Budget 2024) ausgeschöpft. Die tiefere Summe resultiert beispielsweise aus Einsparungen, welche durch Effizienzsteigerungen der Transportunternehmen, aber auch durch die Ausschreibung der Busleistungen in Glarus und Glarus Nord, erreicht werden konnten.

Mittlerweile ist es zehn Jahre her, seit das mit dem Landsgemeindebeschluss 2012 beschlossene und damals verbesserte ÖV-Angebot eingeführt werden konnte. Nicht nur der Rahmenkredit entspricht nach zehn Jahren nicht mehr den heutigen Realitäten und Anforderungen. Seit 2012 wird ein Teil der Zugverbindungen nicht mehr durch die SBB, sondern durch die SOB geführt. Die Effizienz des Busangebots konnte in allen drei Gemeinden stark gesteigert werden. Es werden aber auch neue Ansprüche an das Angebot gestellt; verbunden mit der Siedlungsentwicklung, (neuen) touristischen Angeboten und weiteren Wünschen. Nicht zuletzt hat aber auch die Diskussion über die touristischen Linien (insbesondere Schwanden-Kies) in den Jahren 2015 und 2024 gezeigt, dass Handlungsbedarf besteht. Die touristischen Linien waren im Landsgemeindebeschluss 2012 noch als Linien des regionalen Personenverkehrs vom Beschluss umfasst.

Der Regierungsrat beabsichtigt, das ÖV-Gesetz zeitnah zu überarbeiten und der Landsgemeinde 2025 vorzulegen. Das ist grundsätzlich zu begrüßen. Es bedeutet aber, dass eine Diskussion über die Finanzierung und die Spielregeln des ÖVs im Kanton stattfinden wird, ohne dass das Angebot mitdiskutiert werden kann. Es ist bereits jetzt absehbar, dass die Diskussion so von finanzpolitischen Diskussionen geprägt sein wird und nicht von dem, was eigentlich Zweck des ÖV-Gesetzes wäre: den ÖV im Kanton konkret zu stärken.

Es ist deshalb unabdingbar, dass die beiden Vorlagen koordiniert werden. Auch wenn man zum Schluss käme, dass nicht beide Vorlagen der gleichen Landsgemeinde vorzulegen wären (was grosse Vorteile hätte und im Landrat auch bereits angeregt wurde), wäre es sinnvoll, die Arbeiten für das neue Angebotskonzept parallel zum ÖV-Gesetz anzugehen, um die gesetzlichen Rahmenbedingungen bestmöglich auf das angestrebte Angebot abzustimmen.

Eine Grundlage für die Erarbeitung des neuen Konzepts besteht mit dem zweijährlichen Mitwirkungsverfahren bereits. Darin können sich die verschiedenen Anspruchsgruppen (Wirtschaft, Politik, Tourismus, Bewohner*innen) ihre Wünsche einbringen.

Auch aus finanzpolitischer Sicht ist eine neue Landsgemeindevorlage geboten. Der bisherige Rahmenkredit wird in erheblichem Umfang nicht ausgeschöpft. Das bedeutet, dass er deshalb nicht vollständig budgetiert werden muss. Es bedeutet aber auch, dass der Regierungsrat grundsätzlich die Kompetenz hätte, diesen Kredit (mit entsprechendem Budget)

auszuschöpfen. Dies soll mit einem neuen Rahmenkredit und der Setzung von neuen Grundanforderungen korrigiert werden. Ziel des neuen Rahmenkredites und der neuen Grundanforderungen soll die weitere Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Kanton Glarus sein. Eine solche Verbesserung muss aber nicht unbedingt mit einer Erhöhung des Rahmenkredites verbunden sein. Es ist sogar durchaus denkbar, dass der Rahmenkredit tiefer ausfallen und dennoch eine Verbesserung erreicht werden kann.

Wichtig erscheint den Motionär*innen, dass die Randregionen im Kanton Glarus länger erschlossen werden. Viele Randregionen sind kaum länger als 20.00 Uhr erschlossen. Zusätzlich sollen zu den Randregionen und auf der Hauptachse (Ziegelbrücke-Bhf Näfels-Mollis / Bhf Näfels-Mollis-Glarus) dichtere Takte geschaffen werden. Da ein Grossteil des Verkehrs im Kanton Glarus Quellverkehr ist und entsprechend innerhalb des Kantons stattfindet, bietet es sich an, das ÖV-Angebot auf der Hauptachse weiter auszubauen.

Weiter sollen zusätzliche Buslinien und Haltestellen geschaffen werden. Gerade zwischen Glarus-Schwanden und Schwanden-Linthal wären zusätzliche Busverbindungen denkbar, um die Gemeinde Glarus Süd noch besser zu erschliessen. Die Linien ins Sernftal wurden in den letzten Jahren reduziert, was dazu geführt hat, dass mehr Beiwagenfahrten notwendig geworden sind.

Damit eine Verlagerung des jetzigen Autoverkehrs auf den öffentlichen Verkehr möglich ist, muss das ÖV-Angebot weiter ausgebaut und verbessert werden. Dafür soll der Landsgemeinde ein neuer Rahmenkredit mit dazugehörigen Grundanforderungen vorgelegt werden.

Wir bitten den Landrat, unsere Motion zu überweisen und dem Regierungsrat den entsprechenden Auftrag zu erteilen. Wir danken für die Unterstützung.

Mit freundlichen Grüssen



Kaj Weibel

Vizepräsident Grüne / Junge Grüne Fraktion



Marius Grossenbacher

Präsident Grüne / Junge Grüne Fraktion